

25.2.2019 - sueddeutsche.de

Anti-Missbrauchsgipfel. Kritik am Vatikan

Familienministerin Franziska Giffey fordert konkrete Schritte von der Kirche gegen sexuellen Missbrauch. Das Krisentreffen im Vatikan könne nur ein Anfang gewesen sein.

Nach dem Krisengipfel im Vatikan zum Kindesmissbrauch fordert Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) die katholische Kirche zu weiteren Schritten auf. Die Konferenz könne "nur ein Anfang gewesen sein", betonte sie in Berlin. "Ich erwarte von der Kirche, dass sie verlässliche dauerhafte Strukturen schafft, um Missbrauch aufzudecken, aufzuklären und möglichst zu verhindern. Und das muss schnell und konkret geschehen." Papst Franziskus hatte zum Abschluss des Treffens im Vatikan versichert, die Kirche werde künftig jeden einzelnen Fall mit "äußerster Ernsthaftigkeit" verfolgen. Ein Priester, der Kinder missbrauche, sei ein "Werkzeug des Satans". Konkrete Maßnahmen kündigte der Papst aber nicht an.

Giffey sagte, wer sich an einem Kind vergehe, der "hat in keinem Amt der Kirche mehr etwas zu suchen". Außerdem müsse die Kirche beim weiteren Vorgehen Betroffene einbinden, Akteneinsicht gewähren und "die Erfahrungen für die Prävention nutzen". Ein Sprecher Giffey's sagte, bei Missbrauchsfällen müsse die Zusammenarbeit der Kirche mit den Strafverfolgungsbehörden "selbstverständlich" sein. Auch ein Sprecher des Bundesjustizministeriums betonte, die Kirche müsse die entsprechenden Akten für die Strafverfolgung zur Verfügung stellen. Alle Fälle, die noch nicht verjährt seien, müssten von Staatsanwaltschaften aufgeklärt und die Täter vor Gericht gestellt werden. Die "alten Schweigekartelle" dürfe es bei diesem Thema nicht mehr geben, sagte der Sprecher des Justizministeriums. Außerdem kenne die Strafprozessordnung keine "Geheimarchive". Jenseits des Beichtgeheimnisses gebe es für die Kirche in dieser Hinsicht keine Sonderregeln.

Die katholische Laienorganisation "Wir sind Kirche" äußerte Verständnis für die Enttäuschung von Betroffenenverbände und Teilen der Öffentlichkeit über die Abschlussrede von Papst Franziskus. Noch am Anfang des Krisengipfels in Rom habe der Papst konkrete Ergebnisse gefordert und ein 21-Punkte-Programm in die Diskussion gebracht, sagte der Sprecher der Kirchenvolksbewegung, Christian Weisner, am Montag: "Doch scheint es unter den versammelten Bischöfen immer noch welche zu geben, die sexualisierte Gewalt als marginal betrachten und jede Reform blockieren." Der weltweite Glaubwürdigkeitsverlust der katholischen Kirche sei aber so groß, dass jetzt schnellstens vom Vatikan wie auch in den Ortskirchen verbindliche Regeln aufgestellt werden müssten, wie mit Verdachtsfällen umzugehen sei, fügte Weisner hinzu. "Und Bischöfe, die vertuscht haben, müssen sich der Verantwortung stellen." Zwar seien alle verbindlichen Verfahren jetzt wichtig, erklärte Weisner. Die katholische Kirche müsse sich aber auch mit den tieferen Ursachen sexualisierter Gewalt gegenüber Minderjährigen, Seminaristen, Frauen und Ordensfrauen auseinandersetzen. Diese seien der Ausschluss von Frauen aus allen Weiheämtern, eine Verteufelung der Homosexualität, das Festhalten am Pflichtzölibat und vor allem die zugrunde liegenden kirchlichen Machtstrukturen. Die Bischofskonferenz trifft sich in zwei Wochen zur Frühjahrsversammlung.

Zuletzt geändert am 25.02.2019